04.09.2014

Stadt Dessau-Roßlau
Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040

N i e d e r s c h r i f t

über die

Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

am 02.09.2014

Sitzungsbeginn:	**16:30 Uhr**
Sitzungsende:	**9:30 Uhr**
Sitzungsort:	**Raum 226, Rathaus Dessau**

Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt
Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau
Schönemann, Ralf

Fraktion der CDU
Trocha, Harald
Gebhardt, Roland — Anwesend bis TOP 6.3
Mau, Hans-Joachim — Vertretung für Herrn Schwabe, anwesend bis TOP 8.1.2

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau
Schildhauer, Dirk

Fraktion Liberales Bürgerforum / Die Grünen
Meier, Klaus
Busch, Thomas

Fraktion der SPD
Tschammer, Hans

Fraktion Pro Dessau-Roßlau
Otto, Hans-Georg

Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung
Hantusch, Joachim

Siehe Anwesenheitsliste vom 02.09.2014 (Anlage)

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Nach der Begrüßung und den Wünschen hinsichtlich einer weiterhin konstruktiven Zusammenarbeit in der neuen Legislatur stellte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, die form- und fristgerechte Ladung und Ausreichung der Unterlagen zur Sitzung sowie – mit aktuell 9 stimmberechtigten Stadträten – die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

2 Konstituierung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

2.1 Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden

Entsprechend der eingegangenen Rückmeldungen der Fraktionen zur Nominierung für die Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses lag zu Sitzungsbeginn eine Meldung der CDU-Fraktion vor, informierte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**. Vorgeschlagen für diese Funktion wird Herr Trocha. Die anderen Fraktionen hätten bislang keinen Anspruch zur Besetzung dieser Position angemeldet.

Seitens **Herrn Meier, Fraktion Liberales Bürgerforum / Die Grünen**, wurde erklärt, dass seine Fraktion ebenfalls eine Kandidatur anmelde und seine Person zu Wahl stelle.

Nach kurzer persönlicher Vorstellung der Nominierten ergab die Abstimmung folgendes Ergebnis:

Stimmen für Herrn Trocha: **7**

Stimmen für Herrn Meier: **2**

Herr Trocha, Fraktion der CDU, wurde mit Stimmenmehrheit für die Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt gewählt. **Herr Schönemann** bedankte sich für dessen Bereitschaft zur Wahrnehmung der Funktion und verlieh seiner Hoffnung auf weiterhin gute Zusammenarbeit Ausdruck.

3 Beschlussfassung der Tagesordnung

Zur ausgereichten Tagesordnung wurden keine Anmerkungen oder Änderungsvorschläge vorgebracht. Sie wurde durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: **9 : 0 : 0**

Die Tagesordnung wurde ungeändert bestätigt.

4 Genehmigung der Niederschrift vom 10.06.2014

Zum Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 10.06.2014 wurde durch **Herrn Busch, Fraktion Liberales Bürgerforum / Die Grünen**, angemerkt, dass seine Anwesenheit auf der Seite 1 des Protokolls zu korrigieren sei.

Weitere Anmerkungen wurden nicht vorgebracht, so dass das Protokoll durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, mit der benannten Korrektur zur Abstimmung gestellt wurde.

Abstimmungsergebnis: **7 : 0 : 2**

Das Protokoll wurde geändert bestätigt.

5 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, informierte über die im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vom 10.06.2014 erfolgte Beschlussfassung:

> *Sanierung und Ausstattung der Sekundarschule "An der Biethe" einschließlich Außenanlagen Goethestraße 1 (Haus 1) in 06862 Dessau-Roßlau - STARK III - 2. Förderperiode*
> *Einladung zum VOF-Verhandlungsverfahren - Gebäudeplanung nach § 34 HOAI 2013*
> *Vorlage: BV/113/2014/VI-65*
>
> *Abstimmungsergebnis: 5 : 0 : 2 Die Beschlussfassung erfolgte ohne Änderungen.*

Die Information wurde **zur Kenntnis genommen**.

6 Öffentliche Informationsvorlagen

6.1 Bituminöse Fahrbahndeckenerneuerung in der Karlstraße - Maßnahmebeschluss - Vorlage: BV/200/2014/VI-66

Einführend erläuterte **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes**, dass zum einen die akuten Schadstellen am Pflasterbelag der Karlstraße, die zu ständig höherem Erhaltungsbedarf führen, und zum anderen die große Lärmbelästigung aufgrund der hohen Verkehrsdichte und des Belages zur Durchführung dieser Maßnahme den Anlass geben. Die Maßnahme war bereits in der Beantragung der Lärmminderungsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem KP-II-Programm Bestandteil der Fördermittelbeantragung, war aber zu diesem Zeitpunkt nicht finanzierbar. Da derzeit freie Mittel verfügbar seien, empfehle man nunmehr die Umsetzung des Vorhabens.
Als Bauzeit für die Deckenerneuerung strebe man den Zeitraum vom 03. bis 21.11.14 an, die Umleitungsführung wurde mit der Verkehrsbehörde abgestimmt.

Auf die Frage von **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, die Funktionstüchtigkeit des Untergrundes betreffend, bestätigte **Herr Pfefferkorn**, dass dessen Tragfähigkeit durch die vorgenommenen Untersuchungen bestätigt wurde. Die weitergehende Frage zum Zeitpunkt der Errichtung der Straße bezifferte Herr Pfefferkorn mit den Jahren 1991/92.

Man habe seinerzeit nicht grundlos eine Pflasterung verlegt, so **Herr Trocha, Fraktion der CDU**. Seine Nachfrage hinsichtlich Bedenken zur Gestaltung bzw. denkmalpflegerischen Aspekten beantwortete **Herr Pfefferkorn** dahingehend, dass die Straße keinen Denkmalstatus aufweise sondern im Sanierungsgebiet liege. Die vorgesehene Belagserneuerung in Asphalt sei mit den zu Beteiligenden abgestimmt worden. Die weitere Frage von **Herrn Trocha** zur Beibehaltung der Geschwindigkeitsbegrenzung bejahte **Herr Pfefferkorn**.

Unter Bezugnahme auf die der Vorlage anliegende Kostenschätzung bemerkte **Herr Schildhauer, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**, dass er nach eigener Nachrechnung auf andere Größen in der Mengenermittlung komme und somit anfrage, ob höhere Kosten zu erwarten seien. Die Mengen- und Kostenermittlungen seien durch einen Fachplaner erfolgt, der entsprechende Erfahrungswerte zugrunde gelegt habe, so **Herr Pfefferkorn**. Wie sich die Kosten entwickeln, hänge vor allem mit dem Ergebnis der Ausschreibung zusammen. Derzeit gebe es jedoch keine Anzeichen, dass sich die marktgängigen Kosten für Asphaltarbeiten erheblich erhöhen würden.

Nach Ansicht von **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, führten Forderungen des Denkmalschutzes zur Ausführung der Straße in Pflaster. Sollten diese Forderungen nunmehr nicht aufrechterhalten werden, müsse man dies öffentlich machen, schließlich seien höhere Kosten entstanden und man habe mit dem Pflaster viel Ärger gehabt. Hier sei eine Klarstellung nötig. Dass die Fördermittel nicht zurück zu zahlen seien, wurde durch **Herrn Pfefferkorn** bestätigt. Da die Geschwindigkeitsreduzierung aufgrund des Zustandes der Pflasterung vorgenommen wurde, sah **Herr Otto** im Zusammenhang mit der Asphaltierung jedoch die Gefahr, dass diese Regelung aufgehoben werde. Dies wurde im Vorfeld abgeklärt; die Geschwindigkeitsreduzierung bleibe bestehen, so **Herr Pfefferkorn**.
Aufgrund des Feinkorneintrages in die Tragschichten sei, so gab **Herr Otto** die Meinung eines Baugrundgutachters wieder, sei der Unterbau nicht mehr zu verwenden.

Die Untersuchungen und Planungen seien von einem renommierten Fachplaner ausgeführt worden, so **Herr Pfefferkorn**. Diesen Ergebnissen sei aus Sicht des Tiefbauamtes kein Misstrauen entgegenzusetzen.

Zu der weiteren Nachfrage von **Herrn Otto**, ob Fördermittel für Lärmminderungsmaßnahmen für die Stadt verfügbar seien, erklärte **Herr Pfefferkorn**, dass die letzte in der Stadt geförderte Maßnahme die Junkersstraße sei. Weitere Mittel seien nicht verfügbar.

Auf Anfrage von **Herrn Mau, Fraktion der CDU**, zur Reduzierung der Geschwindigkeit, die in Anlage 3 der Vorlage benannt sei, erläuterte **Frau Jung, Tiefbauamt**, dass diese Unterlage ein Auszug aus der Lärmaktionsplanung sei und nicht in direktem Bezug zur anstehenden Baumaßnahme stehe.

Herr Pfefferkorn bestätigte auf Nachfrage von **Herrn Meier, Fraktion Liberales Bürgerforum / Die Grünen**, zum Umgang mit den Zebrastreifen und den Fahrbahneinengungen, dass die Anlagen zur Schulwegsicherung nicht verändert werden. Die ergänzende Frage zu dem zur Verwendung kommenden Material, erklärte **Herr Pfefferkorn**, dass man wie in der Albrechtstraße Asphalt ohne Aufsplittung aufbringen werde. Ergänzende Maßnahmen in Richtung Lidice-Platz und Schlachthofstraße prüfe man derzeit hinsichtlich ihrer Finanzierbarkeit.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert.

Die Information wurde **zur Kenntnis genommen**.

6.2 Zweite Novellierung des Gesamtmaßnahmebeschlusses zur Sanierung der Grundschule Friederikenstraße 23 Vorlage: BV/162/2014/V-40

Frau Wendeborn, Leiterin des Amtes für Bildung und Sport, erläuterte eingangs, dass man kurz vor der Beendigung der Sanierung der Grundschule stehe und die sich im Verlauf ergebenen Mehrkosten nunmehr zu einer weiteren Novellierung des Maßnahmebeschlusses führen. Aufgrund der kurzfristigen Fertigstellung der Maßnahme war ein Eilbeschluss des Oberbürgermeisters erforderlich.

Die Hauptschwerpunkte der Kostenerhöhungen benennend, verwies **Herr Bekierz, Leiter des Zentralen Gebäudemanagements**, auf Fehleinschätzungen innerhalb bestimmter Gewerke und mangelnder Vergleichswerte, unerwarteten Ausschreibungsergebnissen sowie im Vorfeld nicht absehbaren Unwägbarkeiten. Man habe Konfliktgespräche mit den Planern geführt, die Abweichungen bewegen sich jedoch im normalen Toleranzbereich.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, hinterfragte den ursprünglich geplanten Fertigstellungstermin sowie die mit den Auftragnehmern erfolgte vertragliche Terminfestschreibung. Hierzu führte **Herr Bekierz** aus, dass ca. 30 Auftragnehmer am Bauvorhaben beteiligt und durch Einsprüche in den Vergabeverfahren sowie Entscheidungen der Vergabekammer erhebliche Verzögerungen eingetreten seien. Das im Land Sachsen-Anhalt gültige Vergabegesetz verhindere vehement die Einhaltung geplanter Regelabläufe. Diese Problematik sei von den entscheidenden Stellen im Land erkannt worden, Korrekturen befinden sich in Prüfung.

Durch **Herrn Tschammer, Fraktion der SPD**, wurde angefragt, ob im Vorfeld eine Komplettabriss und Neubau statt des Teilabrisses und Anbau geprüft wurden. Diese Varianten habe man in den Vorplanungen gegenübergestellt, so **Herr Bekierz**. Da ein Neubau vielfach nicht förderfähig sei und die gewählte Variante Synergien im Betrieb beider Einrichtungen mit sich bringe, habe man sich dafür entschieden.

Abschließend bat **Herr Otto** um Benennung der Mehrkosten der ersten Novellierung des Maßnahmebeschlusses im Zusammenhang mit der Protokollierung.

Kostenaufstellung:

Maßnahmebeschluss DR/BV/285/2011/V-40 vom 21.09.11
Gesamtvolumen: 4.450.000 €

1. Novellierung des Maßnahmebeschlusses BV/326/2013/V-40 vom 11.12.13
Gesamtvolumen: 4.727.000 €

2. Novellierung des Maßnahmebeschlusses BV/162/2014/V-40 vom 24.09.14 (zur Beschlussfassung im Stadtrat)
Gesamtvolumen: 5.127.000 €

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert.

Die Information wurde **zur Kenntnis genommen**.

6.3 Novellierung des Maßnahmebeschlusses zur Teilsanierung der Grundschule "Ziebigk" Vorlage: BV/141/2014/V-40

Frau Wendeborn, Leiterin des Amtes für Bildung und Sport, erläuterte eingangs mit der Kostenerhöhung und der Eigenmittelerhöhung und des geänderten Ablaufs die Beschlussinhalte, über die an dieser Stelle informiert werde. Bislang liege noch keine Genehmigung zur Verlängerung des Bewilligungszeitraums vor. Aufgrund der Terminstellungen sei ein Eilbeschluss des Oberbürgermeisters erfolgt.

Auf Nachfrage von Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, ob ein Verlust der Fördermittel drohe, erklärte Frau Wendeborn, dass man dies nicht ausschließen könne. Man strebe jedoch eine zügige Umsetzung an und hoffe auf die Genehmigung zur Verlängerung der Maßnahme. Andere Kommunen stehen vor der gleichen Problematik, die Mittel nicht fristgerecht verwenden zu können.

Herr Bekierz, Leiter des Zentralen Gebäudemanagements, ergänzte dahin gehend, dass die Bewilligung zu einem Zeitpunkt erfolgt sei, an dem bereits klar war, dass eine termingerechte Verwendung nicht möglich sei. Obendrein sei die Vergabe des Schlüsselgewerks Fassade durch die Vergabekammer 6 Wochen unterbrochen worden. Unter Umständen erfolge keine Förderung der Maßnahmen, die nach dem 31.12.14 ausgeführt werden.

Herr Otto verwies darauf, dass im Monat August über drei Wochen keine Arbeiten auf der Baustelle erkennbar waren. Dies werde man prüfen und schriftlich beantworten, so **Herr Bekierz**.

Die Gestaltung des Ablaufs der Baumaßnahme sei als unbefriedigend zu bezeichnen, meinte **Herr Otto**. Terminabläufe seien vertraglich zu vereinbaren. Bezug nehmend auf die Mehrkosten für die Brandschutzanlage sei ein Mangel an der Aufgabenstellung zu erkennen.

Hierzu müsse man den Ablauf zur Bedarfsanmeldung für die STARK III-Maßnahmen beachten, so **Herr Bekierz**. Diese musste man vornehmen, ohne über eine konkrete Aufgabenstellung sowie Vorplanung zu verfügen. Im Regelfall beantrage man Fördermittel auf der Grundlage der Vorplanung, erläuterte Herr Bekierz. Hier sei man auf eine Grobplanung angewiesen gewesen, die Abweichungen in Höhe von -50 bis +200% zulasse.

Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung, ergänzte, dass zum Zeitpunkt der Bedarfsanmeldung bekannt war, dass einige Projekt problembehaftet hinsichtlich ihrer Umsetzung seien und im Ablauf kritisch werden. Man könne in diesem Umfang keine Planungen für die Schublade erstellen lassen, ohne eine Aussicht auf Umsetzung zu haben. In der Verwaltungsspitze habe deshalb eine Risikoabwägung stattgefunden und man habe sich entschlossen, diese Maßnahmen anzumelden und ggf. umzusetzen. Letztendlich habe man im Sinne der Stadt bei einem kalkulierten Risiko entschieden. Derzeit bearbeite man weitere Anmeldungen für die Programmfortführung in einem Gesamtvolumen von über 84 Mio. €. Auch hierbei sei ein latentes Kosten- und Umsetzungsrisiko anzunehmen.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert.

Die Information wurde **zur Kenntnis genommen**.

6.4 Bedarfsabfrage zur Sanierung von Schulstandorten und zur Ausstattung mit Informationstechnik in der Stadt Dessau-Roßlau gemäß des geplanten Förderprogramms "Innovations- und Investitionsprogramm zur Modernisierung und energetischen Sanierung von Kindertageseinrichtungen und Schulen sowie zur Verbesserung der informationstechnischen Ausstattung in Schulen - STARK III zweite Förderperiode 2014 - 2020"
Vorlage: IV/043/2014/V-40

Frau Wendeborn, Leiterin des Amtes für Bildung und Sport, erläuterte eingangs dass in der zweiten Förderperiode des STARK III-Programm der Fokus auf die energetische Sanierung und die allgemeine Sanierung der Gebäudesubstanz gelegt werde. Grundlage für die Anmeldungen bilden Kostenschätzungen und der Nachweis von Schülerzahlen, eines so genannten Demografiechecks. Die konkreten Förderbedingungen – beispielsweise die Förderfähigkeit von Neubauten - seien noch nicht bekannt. Auf der Grundlage der entsprechenden Richtlinien werde das Land die zu fördernden Maßnahmen festlegen.
In der Vorlage seien die beantragten Maßnahmen aufgelistet, ebenso wie entsprechende Ausweichobjekte im Vorgriff auf die fortgeschriebene Schulentwicklungsplanung.

Die Schätzung der Kosten für die allgemeine Sanierung habe man auf der Grundlage der Erfahrungen der letzten drei Jahre aufgebaut, erläuterte **Herr Bekierz, Leiter des Zentralen Gebäudemanagements**. Die Kostenschätzungen für die energetischen Maßnahmen erfolgten auf der Grundlage der bisher geförderten Vorhaben.

Auf Nachfrage von **Herrn Meier, Fraktion Liberales Bürgerforum / Die Grünen**, zum Umgang mit den frei gelenkten Objekten, erklärten **Frau Wendeborn** und **Herr Bekierz**, dass man neben der Nachnutzung durch Vermietung und Verpachtung auch die Veräußerung sowie auf der Grundlage des Stadtentwicklungskonzeptes den Rückbau prüfe.

Die Anfrage von **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, zur Notwendigkeit der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung bejahte **Frau Wendeborn** unter Bezugnahme auf das Beispiel Schule Tempelhofer Straße.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert.

Die Information wurde **zur Kenntnis genommen**.

7 Öffentliche Beschlussfassungen

7.1 Berufung des Beirates für Stadtgestaltung
Vorlage: BV/227/2014/VI-61

Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste, verwies eingangs auf eine ausgereichte Unterlage, die ergänzend weitere Mitglieder des Beirats für Stadtgestaltung enthielt. Bis zur abschließenden Beratung durch den Stadtrat werde man die Namensliste in vollständiger Form ausreichen.

Rückfragen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis: **8 : 0 : 0**

Die Beschlussempfehlung wurde einstimmig, ungeändert bestätigt.

8 Öffentliche Anfragen und Informationen

8.1 Informationen des Dezernates für Wirtschaft und Stadtentwicklung

8.1.1 Ersatzneubau Muldebrücke - BW 11

Zum Bauvorhaben Ersatzneubau Muldebrücke BW 11 erläuterte **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts**, dass die Maßnahmen der Kampfmittelsondierung in der ersten Phase mit mangelhaften Resultaten verlaufen sei. Die flächenhafte Sondierung ergab mit erheblichen Störstellen keine auswertbaren Ergebnisse, so dass in einem engeren Raster eine Tiefensondierung erfolgen musste. Mittlerweile sei die Kampfmittelsondierung im Bereich der Behelfsbrücke und der Trasse der Umfahrung abgeschlossen, Rammarbeiten zur Vorbereitung der Brückenauflager befinden sich in Umsetzung.
Im bisherigen Ablauf sei es zu zeitlichen Verzögerungen gekommen und Mehrkosten angefallen. Mit einem präzisierten Bauablauf unter Berücksichtigung der bisherigen Ausfallzeiten und der Einrechnung eines Winters im Regelverlauf sei durch den Auftragnehmer eine sichere Terminkette aufgestellt worden, die als Freigabetermin der Behelfsumfahrung den März 2015 beinhalte. Eventuelle Optimierungen werden derzeit geprüft, der Endtermin verschiebe sich auf Oktober 2016, statt wie geplant März 2016.

Im Hinblick auf den Zustand der Brücke sei eine zügige Erstellung der Behelfsumfahrung anzustreben, so **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**. Die sich hier abzeichnende Entwicklung sei wenig zufriedenstellend.

Man habe am Brückenbauwerk keinen aggressiven Schadensfortschritt feststellen können, erläuterte **Herr Pfefferkorn**. Ende September erfolgte die nächste Bauzustandsprüfung.

Auf Nachfrage von **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, ob man die Kampfmittelprüfung nicht hätte vorziehen und beispielsweise im Zusammenhang mit der Dükerung durch die DVV umsetzen können, erklärte **Frau Jung, Tiefbauamt**, dass man die Maßnahmen der Kampfmittelsondierung nicht von den entsprechenden Bautätigkeiten trennen könne. Das gesamte Baufeld muss abschnittsweise abgeräumt werden, bevor sondiert wird, d. h. immer in dem Bereich, in dem gebaut werde, sei im Vorfeld zu sondieren. Man habe in der Ausschreibung die Vorgaben aus der Planfeststellung zu der Art und dem Aufwand zur Sondierung in der Fläche und in der Tiefe aufgenommen. Das vorgefundene, von Störstellen durchsetzte Sondierungsergebnis war im Vorfeld nicht abschätzbar.

Bei diesen Maßnahmen gehe die Sicherheit vor, so **Herr Busch, Fraktion Liberales Bürgerforum / Die Grünen**. Der einzige Vorwurf, den man machen könne, sei der, dass das Fachamt im Vorfeld der Ablaufbetrachtung nicht von worst-case ausgegangen war. Dieser hätte jedoch wenig Akzeptanz gefunden. Ebenso könne man den Ablauf der zwei folgenden Winter nicht abschätzen.

Die Anregung von **Herrn Schönemann**, die Öffentlichkeitsarbeit zum Vorhaben zu intensivieren, nahm **Herr Pfefferkorn** zum Anlass, darüber aufzuklären, dass zu dem Pressegespräch Anfang August nicht klar war, dass sich der weitere Ablauf so ungünstig gestalten würde und eine aktualisierte Ablaufplanung des Unternehmens nicht vorlag. Den derzeitigen Sachstand habe man als aktuelle Pressemitteilung vorbereitet und werde man nach der Sit-

zung ausreichen. Darüber hinaus sind auf der städtischen Seite aktuelle Informationen zum Vorhaben veröffentlicht, die geplante Webcam sei nunmehr installiert.

Unter Bezugnahme auf die Tonnagebegrenzung für die bestehende Brücke, stellte **Herr Schildhauer, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**, fest, dass die Durchführung entsprechender Kontrollen nicht wahrnehmbar sei. Hier sei das Risiko durch verstärkte Kontrollen zu minimieren.

Kontrollen der Polizei erfolgen, so **Herr Pfefferkorn**. Eine Verstärkung dieser Maßnahmen sei gewünscht, jedoch aufgrund der Rahmenbedingungen schwer umsetzbar.

Auf Nachfrage von **Herrn Mau, Fraktion der CDU**, zu den sich abzeichnenden Mehrkosten im Vergleich zum beschlossenen Budget, erklärte **Frau Jung**, dass man sich derzeit noch im Budgetrahmen des Maßnahmebeschlusses in Höhe von 18,1 Mio. € bewege.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert.

Die Informationen wurden **zur Kenntnis genommen**.

8.1.2 Planfeststellungsverfahren Ostrandstraße

Zur Thematik Ostrandstraße erläuterte **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts**, dass bis zum 23.07.14 die erneute Offenlage durchgeführt wurde und nach Fristablauf insgesamt 800 Einwendungen – davon 600 neue – eingereicht wurden. Von September bis November werde durch den Vorhabenträger Tiefbauamt die notwendige Stellungnahme für die Planfeststellungsbehörde erarbeitet. Im Januar 2015 erfolgt eine abschließende Erörterung bevor im 1. Halbjahr 2015, entsprechend des vorliegenden Zeitplanes der Planfeststellungsbeschluss gefasst werde. Damit beginne dann die Einspruchsfrist.

Mit Verweis auf die erheblichen Einwendungen gegen das Vorhaben äußerte **Herr Meier, Fraktion Liberales Bürgerforum / Die Grünen**, den Wunsch, dass im Ausschuss die Schwerpunkte der Einwände mit entsprechendem Klagepotenzial zur Abschätzung der weiteren Zeitabläufe dargelegt werden.

Ein Eingriff in das laufende Verfahren sei nicht möglich, so **Herr Tschammer, Fraktion der SPD**. Nach Bearbeitung des Verfahrens werde man durch die Verwaltung in das Verfahren eingebunden. Diese Ergebnisse müsse man abwarten.

Dies wurde durch **Herrn Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, bekräftigt. Mit dem Ergebnis der Abwägung werde man die politischen Gremien in den Prozess einbeziehen.

Um die Erheblichkeit der Einwendungen abschätzen zu können, hätte er sich eine zusammenfassende Bewertung durch die Verwaltung gewünscht, argumentierte **Herr Meier**.

Dies erfolgt nach Abschluss des Abwägungsprozesses, so **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, in rechtlich konformer Art und Weise.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert.

Die Informationen wurden **zur Kenntnis genommen**.

8.1.3 VOF-Verfahren zur Vergabe von Planungsleistungen

Entsprechend des durch das Gremium geäußerten Wunsches zu detaillierten Informationen zum Ablauf und den Inhalten des VOF-Verfahrens zur Vergabe freiberuflicher Dienstleistungen, erläuterte **Herr Bekierz, Leiter des Zentralen Gebäudemanagements**, die Anwendungsbereiche, einzuhaltende Abläufe und Fristen, die Grundsätze des Verfahrens und die einzelnen Verfahrensschritte sowie den Ablauf der Bewerberauswahl.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, dankte für die Ausführungen und richtete - mit Verweis auf aktuell durchgeführten Verfahren – den Wunsch an die Ausschussmitglieder sich stärker in die Prozesse einzubringen und an den Jurysitzungen zur Planerauswahl teilzunehmen.

Rückfragen wurden nicht geäußert.

Die Informationen wurden **zur Kenntnis genommen**.

8.2 Sonstige öffentliche Anfragen und Informationen

Herr Trocha, Fraktion der CDU, hinterfragte die derzeitige Schaumbildung auf der Mulde. Hierzu erläuterte **Herr Meier, Fraktion Liberales Bürgerforum / Die Grünen**, dass die Unternehmen in Bitterfeld weiterhin bis an die vorgeschriebenen Grenzwerte einleiten würden und dies ein Grund für die Schaumbildung bei niedrigen Wasserständen sein könne. Durch **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, wurde hierzu berichtet, dass ihm Erfahrungswerte übermittelt worden, nach denen bei niedrigen Wasserständen regelmäßig eine vermehrte Schaumbildung zu beobachten sei.

Eine weitere Nachfrage richtete **Herr Trocha** auf die Fertigstellung der Erneuerung des Bohlenbelages auf der Wörlitzer Brücke. Man beseitige hier die größten Fehlstellen, erklärte **Frau Jung, Tiefbauamt**. Diese Arbeiten werden in Anbetracht des Schadbildes sowie entsprechend der finanziellen Rahmenbedingungen fortgeführt.

Mit Verweis auf die erheblichen Proteste gegen den Standort des Bauhausmuseums im Stadtpark, der diesbezüglichen Veranstaltung im Alten Theater sowie der Äußerung des Oberbürgermeisters, mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung anzustreben, fragte **Herr Meier** nach den vorliegenden Planungen, diese teilweise auch unsachlich geführten Proteste aufzufangen.

Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung, merkte an, dass es fraglich sei, ob die Teilnehmer der Veranstaltung im Alten Theater die mehrheitliche Meinung repräsentierten. Die Befürworter solcher Projekte seien im Regelfall zurückhaltender als die Gegner. Auch das zwischenzeitlich geäußerte Meinungsbild in der Öffentlichkeit spiegelt ein anderes Bild wider. Mehrere Institutionen und Gremien haben sich mit deutlichem Votum zum Vorhaben und Standort bekannt. Zur weiteren Beteiligung der Öffentlichkeit gebe es eine Verabredung zwischen Herrn Kuras und Frau Dr. Perren. Künftig werde man darüber hinaus auch andere Formate zur Kommunikation umsetzen.

Hier sei eine professionelle Begleitung gefragte, erklärte **Herr Meier**. Der Ablauf der Beteiligung sei klar zu strukturieren und darzustellen. In der Folge sei abzuwenden, dass durch fortlaufende Proteste ein negatives Image von der Stadt ausgehe.

Der Bauausschuss sei sehr umfassend über den jeweiligen Planungsstand informiert worden, so **Herr Tschammer, Fraktion der SPD**. Es erfolgte eine einstimmige Bestätigung der Ergebnisse durch das Gremium. Die ständige Infragestellung von Entscheidungen, die derzeit praktiziert werde, sei nicht förderlich für den Ablauf und die Umsetzung von Bauvorhaben.

Es gehöre zum Demokratieverständnis, so **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, einmal mehrheitlich getroffene Entscheidungen zu akzeptieren.

Der Standort Stadtpark werde durch seine Fraktion mehrheitlich unterstützt, erklärte **Herr Meier**. Ihm gehe es darum, einen vernünftigen Beteiligungsprozess zu gestalten.

Es gebe Beschlüsse aus drei Legislaturperioden, die Stadtparkkante wieder zu bebauen, erinnerte **Herr Otto**. Die teilweise Verunsicherung der Bürger resultiere aus der Großflächigkeit, die der Bebauungsplan zum Ausdruck bringe.

Durch **Herrn Busch, Fraktion Liberales Bürgerforum / Die Grünen**, wurde die Auffassung von Herrn Meier unterstützt. Rückblickend auf die Diskussion zur Errichtung der Mauer an den Meisterhäusern müsse man zu der Erkenntnis gelangen, dass der Prozess der Beteiligung besser zu gestalten sei. Man habe hier eine weitere Chance, den Gedanken Bauhausstadt in der Kommunikationskultur umzusetzen.

Herr Hernig, Fraktion der AfD, erläuterte, dass die Petition, die Herr Mrosek initiiert habe, auch vor dem Hintergrund unzulänglicher Informationspolitik eingereicht wurde. Auch das Argument „hier werde nicht unser Geld verbaut“ könne man in dieser Form nicht akzeptieren.

Durch **Herrn Otto** wurden in Bezug auf das Vorhaben Meisterhäuser die Kosten für die Fensterelemente, die asymmetrische Anordnung des Übergangsstreifens auf dem Atelierfenster und die Gesamtkostenentwicklung des Projekts hinterfragt.

Herr Bekierz, Leiter des Zentralen Gebäudemanagements, informierte dahingehend, dass man sich mit dem Fensterbauer in einem Vergleich geeinigt habe. Im Ergebnis liege die Abrechnungssumme unter der Auftragssumme. Der Auftragnehmer erklärte einen Klagevorbehalt, die Mängel der ersten Fensterlieferung betreffend.
Da die Fensterabmaße technologisch bedingt begrenzt seien, war es notwendig, für die Atelierfenster eine Unterbrechung vorzusehen. Seiner gestalterischen Freiheit folgend sowie unter Bezugnahme auf die Pfeilergestaltung von Gropius entschied sich der Architekt, ganz bewusst, die derzeitigen technologischen Möglichkeiten zu zeigen. Demzufolge bilde sich die Unterbrechung asymmetrisch ab.
Die Entwicklung der Gesamtkosten werde man nach Vorlage der gesamten Abrechnung vorstellen.

Weitere Anfragen oder Mitteilungen wurden nicht vorgebracht. Der öffentliche Teil der Sitzung wurde um 19:10 Uhr geschlossen.

Öffentliche Tagesordnungspunkte

12 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, um 19:30 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 04.09.2014

Ralf Schönemann Vorsitzender Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt	Reinsdorf Schriftführer

Anlage(n):

- Anwesenheitsliste